

## **Steuermilliarden für wertlosen Strom – Das ist Deutschlands wahre Solar-Rechnung**

Welt, 27.08.2024, Daniel Wetzel

<https://www.welt.de/wirtschaft/plus253083526/Solar-Steuermilliarden-fuer-wertlosen-Strom-Deutschlands-wahre-Solar-Rechnung.html>

Fotovoltaik gilt als beliebteste nachhaltige Energiequelle. Doch oft werden die Kosten für den Steuerzahler unterschätzt. Ein Blick in die Statistik ernüchtert. Da die Strompreise immer häufiger negativ sind, subventioniert der Staat immer öfter wertlosen Strom.

Deutschland ist vielleicht nicht der sonnenreichste Staat auf der Welt, doch es ist ein Land mit ausgesprochen vielen Solarfans. Jeder dritte Bundesbürger plant, ein oder zwei Solarmodule auf dem Dach oder im Garten aufzustellen, wie eine repräsentative Umfrage des Preisportals Verivox ergab.

Und nach einer Erhebung des Bundesverbands Solarwirtschaft (BSW) halten 77 Prozent der Deutschen den weiteren Ausbau der Fotovoltaik (kurz PV) für „wichtig“ oder „sehr wichtig“.

Auf das strahlende Image der Sonnenenergie scheint kein Schatten zu fallen. Bei dieser Form der Stromerzeugung sehen viele Menschen keine Nachteile – anders als bei den anderen Ökostrom-Technologien wie Windkraft oder Biomasse.

Die schwarzblauen PV-Module stören auf den Dächern wenig. Und auf den Feldern wächst Gras unter den Scheiben, zuweilen weiden dort sogar Schafe. Sonnenenergie, so scheint es, ist die Lösung all unserer Energieprobleme. Schon deckt Solarstrom im Jahresdurchschnitt zwölf Prozent des deutschen Elektrizitätsbedarfs.

Trotz des Strahlemann-Images wachsen aber die Probleme. Das beginnt mit der Finanzierung: Solarstrom gilt als billig. Das stimmt allerdings nur für Strom aus neuen Modulen und auch dann nur, wenn man die volkswirtschaftlichen Systemkosten von Speichern und Backup-Kraftwerken außen vor lässt.

Außerdem wurde ein großer Teil der PV-Anlagen bereits vor Jahrzehnten installiert – und ihre Besitzer haben bis zum heutigen Tag noch Anspruch auf die exorbitante Einspeisevergütung von zum Teil mehr als 50 Cent pro Kilowattstunde, die damals für 20 Jahre garantiert wurde.

Gezahlt wird diese Subvention aus dem Bundeshaushalt. Laut „Monitoringbericht 2023“ der Bundesnetzagentur wurde die Einspeisung von Solarstrom 2022 durchschnittlich mit 18,2 Cent pro Kilowattstunde bezuschusst, weil viele Altanlagen immer noch so hohe Vergütungsansprüche haben.

Die Solarvergütung war damit im Schnitt pro Kilowattstunde achtmal teurer als Offshore-Windenergie. 9,6 Milliarden Euro mussten die Verbraucher 2022 an die Solarstrom-Produzenten zahlen – ein Spitzenwert unter den Ökoenergien.

Sonnenstrom aus kleinen Dachanlagen wird zwar nur noch mit 8,03 Cent pro Kilowattstunde gefördert – doch bis der gewaltige Kosten-Rucksack aus den Anfangsjahren der Fotovoltaik endlich abbezahlt ist, dauert es.

Den Bundeshaushalt bringt das in die Bredouille. Denn die PV-Produktion übertrifft im Sommer immer öfter die Nachfrage.

Die Überschüsse senken die Strompreise an der Börse dann auf null. Das macht den Solarstrom in diesen Stunden wertlos, doch die Produzenten haben trotzdem Anspruch auf Vergütung. Allein in den Monaten Mai, Juni und Juli musste die Bundesregierung sechs Milliarden Euro aufbringen, um die Ansprüche der Ökostrom-Produzenten zu bedienen.

Für das Gesamtjahr werden Erneuerbare-Energie-Kosten von rund 16 Milliarden erwartet – viel mehr, als der Finanzminister eingeplant hatte.

Bis 2030 soll die Solar-Kapazität von heute rund 90.000 auf 215.000 Megawatt ausgebaut werden. Tag für Tag muss dafür eine Fläche so groß wie 43 Fußballfelder mit Solarmodulen belegt werden. Ob solche gewaltigen Solarstrom-Überschüsse gespeichert und ins Netz integriert werden können, ist offen. Bei Stromnetzbetreibern werden erste Zweifel laut.